

Bundesverwaltungsamt: Öffentlicher Dienst vor Personalnotstand

Berlin, 19.04.2017, 01:00 Uhr

GDN - Auf den öffentlichen Dienst kommt in den kommenden Jahren ein massiver Personalnotstand zu. Grund seien Pensionierungen in der Generation der sogenannten Babyboomer: Es sei klar vorhersehbar, dass die öffentliche Verwaltung schrumpfen werde, sagte der Präsident des Bundesverwaltungsamtes (BVA), Christoph Verenkotte, den Zeitungen der Funke-Mediengruppe.

"Ich sehe, dass wir nicht alle Stellen nachbesetzen werden." Verenkotte forderte "ein riesiges Einstellungsprogramm", damit in fünf bis zehn Jahren die Verwaltungen nicht kollabieren. "Bisher sehe ich das nicht", kritisierte er. "Die absehbare Pensionierungswelle macht uns zu schaffen." Laut Verenkotte werden aufgrund des absehbaren Personalmangels in Zukunft "bestimmte Dienstleistungen" gar nicht mehr angeboten, zudem werden manche Dienstleistungen "nicht mehr die gewohnte Qualität haben". Es werde auf jeden Fall Abstriche geben, so der BVA-Chef. Man werde in der Bundesverwaltung einen sogenannten Brain Drain bekommen. Es gebe zwar den politischen Willen, auf das demografische Problem zu reagieren, aber es fehle die administrative Umsetzung, bemängelte der BVA-Präsident. Verenkotte kritisierte hierfür die Bundesregierung: "500 Stellen werden im Bundeshaushalt für die vorzeitige Besetzung von durch die demographische Entwicklung ausscheidenden Beschäftigten vorgehalten - gehobene Symbolik bei fast 500.000 Beschäftigten in der Bundesverwaltung insgesamt." Entweder die Bundesverwaltung schaffe es, sich deutlich effektiver unter betriebswirtschaftlichen Aspekten zu organisieren und stärker in die Digitalisierung zu investieren, "oder sie muss manche ihrer Aufgaben überdenken", warnte der Verwaltungsamts-Chef. Seiner Wahrnehmung nach "drücken sich die Verantwortlichen vor dieser Diskussion", zumindest bislang. Der Beamtenbund (dbb) beklagt bereits zum jetzt gravierende Personallücken. So sei der jetzige Personalstand allein in der Steuerverwaltung bedenklich niedrig, sagte der dbb-Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt den Funke-Zeitungen. "Hier fehlen rund 20 Prozent Personal, um den laufenden Steuervollzug seriös und nachhaltig umzusetzen", sagte er. Jährlich würden dem Staatshaushalt mindestens 50 Milliarden Euro Einnahmen verloren gehen - etwa 30 Milliarden im Bereich der Einkommen- und rund 20 Milliarden bei der Umsatzsteuer. "Denn Steuerhinterziehung und Steuerflucht können nicht effektiv geahndet werden. Das ist verantwortungslos", so Dauderstädt, der die Interessen von rund 1,3 Millionen Beamten und Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst vertritt. Er sagte auch: Allein die Herausforderungen durch das Ankommen vieler Menschen auf der Flucht in den letzten Jahren hätten offenbart, wie viele Baustellen es wegen des Personalmangels im öffentlichen Dienst auf allen Ebenen des Staates gebe. Laut Bundesinnenministerium (BMI) sind derzeit bundesweit rund 4,64 Millionen Menschen im öffentlichen Dienst bei Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungsträgern beschäftigt. Ein BMI-Sprecher sagte den Funke-Zeitungen: Der verstärkte Generationenwechsel, ausgelöst durch die in den Ruhestand tretenden Babyboomer, werde nicht alle Berufsgruppen im öffentlichen Dienst gleichermaßen überproportional treffen. "Nur in bestimmten Aufgabenbereichen und für bestimmte Berufsqualifikationen wird die Nachbesetzung auch aufgrund des tendenziell sinkenden Fachkräfteangebots auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vermutlich schwieriger", so der Ministeriumssprecher. Diese Bereiche würden weniger den Bund, als vielmehr Länder und Kommunen treffen, beispielsweise den Lehrerbereich.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-88211/bundesverwaltungsamt-oeffentlicher-dienst-vor-personalnotstand.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619